

Kliniksterben verhindern: ver.di fordert entscheidende Reformen

Die Gewerkschaft ver.di fordert dringend Nachbesserungen am Gesetzentwurf zur Krankenhausreform. Sie warnt vor einem Kliniksterben und kritisiert die geplante Finanzierung durch gesetzliche Krankenversicherungsbeiträge. Sylvia Bühler betont die Notwendigkeit einer Vorhaltefinanzierung und ruft den Bundestag zu schnellem Handeln auf. Der Artikel beleuchtet wichtige Aspekte der Gesundheitsversorgung und die Herausforderungen für die Krankenhausinfrastruktur. Erfahren Sie mehr über die Positionen und Forderungen von ver.di.



Die Alarmglocken läuten! Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) schlägt angesichts der drohenden Krankenhausreform kräftig Alarm. Morgen steht die Bundestagsanhörung an, und ver.di fordert drastische

Nachbesserungen – ansonsten steht die gesamte Krankenhauslandschaft auf der Kippe!

„Wenn keine Brückenfinanzierung für die in finanzieller Schieflage befindlichen Kliniken bereitgestellt wird, droht ein massives Kliniksterben mit verheerenden Folgen für die flächendeckende Patientenversorgung“, warnt ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Sylvia Bühler**. Der unverantwortliche und planlose Abbau von Abteilungen und ganzen Krankenhäusern muss sofort gestoppt werden! „Bund und Länder müssen jetzt endlich handeln“, fordert sie eindringlich.

Strukturen neu denken!

Bühler betont mit Nachdruck: „Die Kliniken benötigen eine echte Vorhaltefinanzierung! Die bisherigen Pläne sind eine Verschlimmbesserung und retten die Situation nicht.“ Die versprochenen Einschnitte in das katastrophale System der Ökonomisierung, das die leidenschaftlichen Anstrengungen von Ärzten und Pflegekräften aufs Spiel setzt, bleiben in diesem Gesetzentwurf aus!

Die Reform darf nicht auf dem Rücken der gesetzlich Versicherten ausgetragen werden! Bühler spricht Klartext: „Die Versicherten zahlen für die Gesundheitsversorgung und nicht für den maroden Zustand der Infrastruktur. Und dass Privatversicherte, die oft deutlich besser verdienen, nicht zur Kasse gebeten werden, verschärft die Ungerechtigkeit drastisch!“ Sie fordert dringend, dass diese entscheidenden Investitionen aus Steuermitteln gedeckt werden müssen.

Positive Perspektiven für das Pflegepersonal

Doch es gibt auch Lichtblicke! Die Gewerkschafterin zeigt sich erfreut darüber, dass die geplanten Tariferhöhungen künftig nicht nur für das Pflegepersonal, sondern für alle

Krankenhausbeschäftigten im laufenden Jahr vollständig ausgeglichen werden sollen. „Das Gesundheitswesen muss zu einem attraktiven Arbeitsumfeld werden, um die dringend benötigten Fachkräfte zu gewinnen und dauerhaft zu halten“, erklärt Bühler begeistert.

Die Uhr tickt, und die Verantwortung der Politik ist klar! Angesichts bestehender Defizite und der nahenden Beitragserhöhungen ist das, was auf dem Tisch liegt, ein unverzeihlicher Affront gegen alle gesetzlich Versicherten. Bühler und ver.di lassen keinen Zweifel aufkommen: „Wir stemmen uns gegen dieses Vorhaben!“

Die Signalwirkung der Entscheidungen ist enorm, und die Zeit für Taten ist jetzt! Berlin, die Bürger schauen genau hin!

V.i.S.d.P.

Richard Rother
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011, -1012
E-Mail: pressestelle@verdi.de
www.verdi.de/presse

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de